

AGVBanken



Arbeitgeberverband
des privaten Bankgewerbes



Banken-Tarifrunde 2014
Fakten und Hintergründe

Inhalt

3	Wirtschafts- und Branchenlage
11	Gehalt
14	Samstagsarbeit
17	Vorruhestand
19	Ausbildung

Herausgeber:

Arbeitgeberverband des privaten
Bankgewerbes e.V.
Burgstraße 28
10178 Berlin
Telefon: (030) 59 00 112 70
Telefax: (030) 59 00 112 79
E-Mail: service@agvbanken.de

Stand: 30. April 2014

Anziehende Konjunktur – anhaltend schwierige Branchenlage

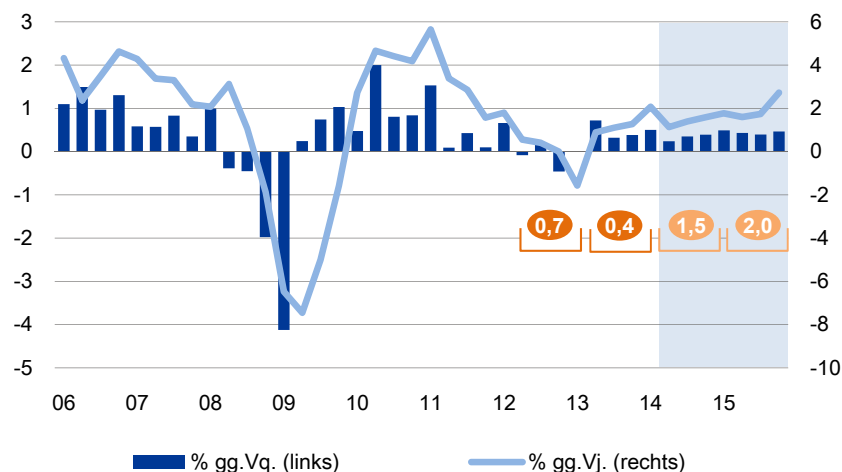
Die Banken-Tarifrunde 2014 beginnt in einem gesamtwirtschaftlichen Umfeld, das sich zuletzt etwas aufgehellt hat: Für 2014 und 2015 erwarten die Konjunkturforscher ein stärkeres Wirtschaftswachstum als in den beiden mageren Jahren zuvor. Diese Entwicklung ist allerdings mit einigen Unsicherheiten behaftet – und sie hat kaum Auswirkungen auf das Kreditgewerbe: Die gute Binnenkonjunktur geht an den Banken weitgehend vorbei. Die Branche leidet unter einer strukturellen Ertragsschwäche, die sich durch anhaltend niedrige Zinsen, intensiveren Wettbewerb und Zusatzaufwand durch Regulierung noch verschärft. Im privaten Bankgewerbe schlagen zwei weitere Faktoren negativ zu Buche: Das Kreditgeschäft stagniert, und im Privatkundengeschäft sind sogar weiter sinkende Erträge zu befürchten.

Hoher Beschäftigungsstand beflügelt Binnenkonjunktur

Nach zwei mageren Jahren mit jeweils deutlich unter einem Prozent Wirtschaftswachstum sagen alle Konjunkturforscher für dieses und das nächste Jahr etwas höhere Zuwächse voraus. Die Prognosen bewegen sich für 2014 zwischen 1,5 und 2,0 Prozent, für 2015 erwarten die Experten überwiegend 2,0 Prozent. Ebenfalls einig sind sich die Forscher, dass der Aufschwung in diesem Jahr von der guten Binnenkonjunktur getragen wird. Diese positive Entwicklung ist wiederum weitgehend auf die gute Lage am Arbeitsmarkt zurückzuführen, wo für dieses Jahr erneut ein Beschäftigungsrekord mit über 42 Millionen Erwerbstätigen erwartet wird.

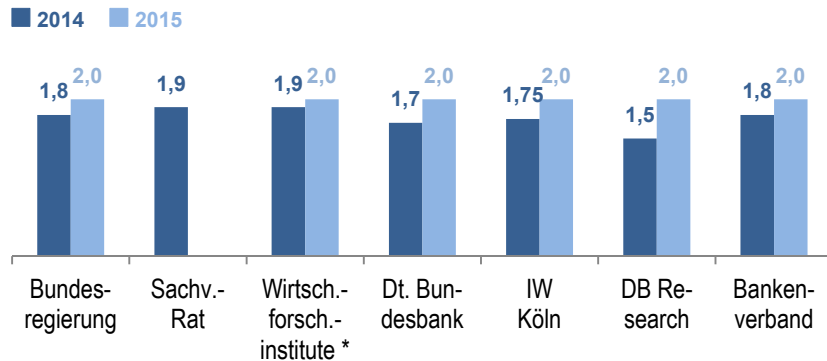
GRAFIK 1 | Gesamtwirtschaft auf Erholungskurs

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (Deutschland);
Quellen: Statistisches Bundesamt, DB Research



GRAFIK 2 | Konjunkturprognosen

BIP-Wachstum ggü. Vorjahr in %; Quelle: Wirtschaftsforschungsinstitute, AGV Banken



* Gemeinschaftsdiagnose von DIW, Ifo-Institut, IfW Halle und RWI

Dieses insgesamt recht positive Bild ist jedoch mit Einschränkungen zu versehen:

- Risiken durch Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik** | Sowohl der Sachverständigenrat als auch die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute weisen darauf hin, dass die jetzt eingeleitete Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundesregierung mittelfristig das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft beeinträchtigt. Genannt werden explizit der flächendeckende Mindestlohn, die Rentenpolitik und die Mietpreisbremse. Insbesondere vom Mindestlohn und der ausbleibenden Senkung des Rentenbeitragsatzes erwarten die Forscher negative Beschäftigungs- und Konjunkturreffekte.
- Sondereffekte nicht auszuschließen** | Alle Konjunkturprognosen stehen unter dem Vorbehalt, dass es in diesem Jahr nicht zu neuen Schocks für die europäische oder die Weltwirtschaft kommt. Risiken für die Entwicklung in Deutschland gehen deshalb auch vom außenwirtschaftlichen Umfeld aus. Da ist zum einen der **Konflikt zwischen der Ukraine und Russland**, dessen Folgen bislang nicht absehbar sind. Zum anderen bestehen – unabhängig vom Sonderfall Ukraine – weiterhin **Unsicherheiten in der europäischen Wirtschaft**. Die Deutsche Bundesbank stellt in ihrem jüngsten Finanzstabilitätsbericht fest:

„Die europäische Schuldenkrise ist noch nicht überwunden. Von den hohen öffentlichen und privaten Schulden in einigen Ländern des Euro-Gebiets gehen weiterhin hohe Risiken für die Finanzstabilität aus. Für das deutsche Finanzsystem bestehen aufgrund der engen finanziellen Verflechtungen in Europa weiterhin substantielle Ausfall- und Ansteckungsrisiken.“

Das betrifft die Kreditwirtschaft ganz direkt: Trotz deutlich reduzierten Engagements sind die deutschen Banken nach den französischen Instituten weiterhin die zweitgrößte Gläubigergruppe gegenüber den südeuropäischen Krisenstaaten und Irland.

Strukturdaten Bankgewerbe: Schwierige Ausgangslage

Die anziehende Binnenkonjunktur geht am Bankgewerbe weitgehend vorbei. Schlimmer noch: Die Branche muss parallel zusätzliche Belastungen verkraften. Unabhängig von der Konjunktorentwicklung erlebt das Bankgewerbe erneut massive strukturelle Veränderungen, von denen das private und öffentliche Bankgewerbe in besonderer Weise betroffen sind. Das zeigt sich an den Strukturdaten der Branche:

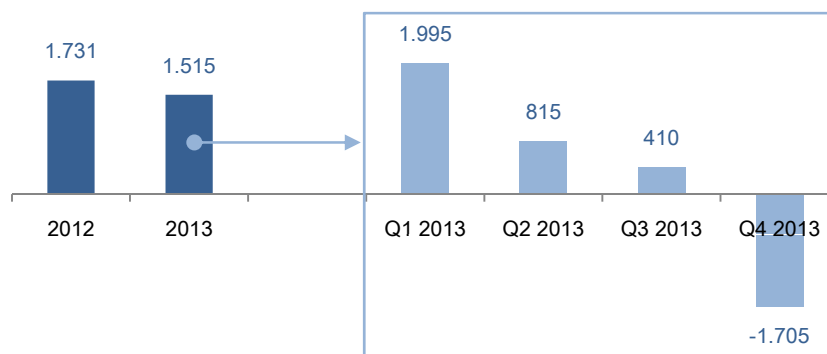
- Schwache Ertragslage** | Die Ertragslage des deutschen Kreditgewerbes ist weiterhin unbefriedigend. Zwar hat sich das Niveau der operativen Erträge 2012 gesteigert, was aber vor allem auf günstige Bewertungseffekte im volatilen Handelsgeschäft zurückzuführen war. Dem stand allerdings eine beträchtliche Zunahme der Betriebskosten gegenüber. Zwar erzielte das deutsche Kreditgewerbe über alle Bankengruppen hinweg einen Jahresüberschuss. Davon floss jedoch ein Großteil in die Stärkung der Eigenkapitalbasis, um die verschärften Eigenkapital- und Liquiditätsregeln auf europäischer Ebene erfüllen zu können. Unterm Strich blieb deshalb – bei branchenweiter Betrachtung – zum fünften Mal in Folge ein Bilanzverlust, dieses Mal in Höhe von rund 350 Millionen Euro. Auch 2013 hat sich die Ertragslage nicht verbessert, und die Aussichten sind ebenfalls nicht besonders günstig. Die Deutsche Bundesbank stellt fest:

„Die strukturelle Ertragschwäche der deutschen Banken wird durch das niedrige Zinsniveau verstärkt.“

Ein Indikator dafür ist die Ertragslage der Großbanken. Nicht nur, dass die Konzernüberschüsse 2013 insgesamt schwächer ausfielen als im Vorjahr, auch die Tendenz innerhalb des vergangenen Jahres war negativ: Nach starkem ersten Quartal sanken die Erträge im Jahresverlauf deutlich und rutschten im vierten Quartal sogar deutlich ins Minus.

GRAFIK 3 | Erträge auf Talfahrt

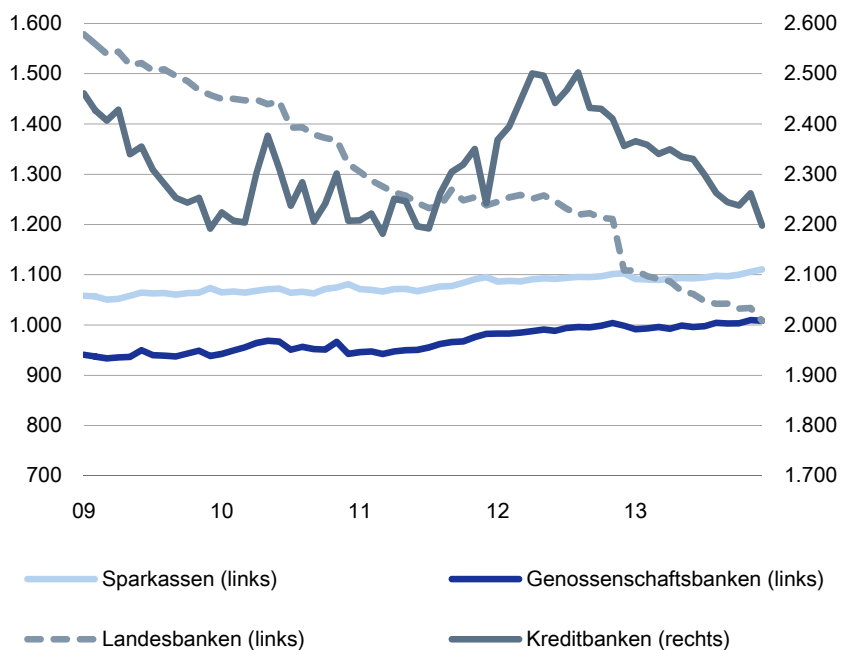
Ergebnis nach Steuern – Großbanken (in Mio. EUR) | Quelle: Jahres-/Quartalsberichte



- Rückläufiges Geschäftsvolumen |** Das Geschäftsvolumen der deutschen Banken hat sich erheblich reduziert. Die Bilanzsumme liegt derzeit nur noch bei rund 7,5 Billionen Euro; 2009 waren es noch knapp 9 Billionen Euro. Dieser Rückgang geht ausschließlich zulasten der privaten Banken und der Landesbanken.

GRAFIK 4 | Bilanzsumme erheblich reduziert

Bilanzsumme deutscher Banken (ohne Handelsbuch-Derivate) in Mrd. EUR
 Quellen: Deutsche Bundesbank, DB Research



- Sinkender Wertschöpfungsbeitrag |** Die Banken tragen immer weniger zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Die reale Bruttowertschöpfung der Finanzdienstleistungs-Branche stagniert seit Jahren und liegt heute auf dem Niveau von 1991, während sie in der Gesamtwirtschaft seitdem um 34 Prozent gestiegen ist. Der Anteil der Finanzdienstleister an der Bruttowertschöpfung in Deutschland beträgt zurzeit 4 Prozent, vor zehn Jahren lag er noch bei über 5 Prozent. Und es ist absehbar, dass dieser Wert weiter zurückgehen wird – marktbedingt, vor allem aber aus strukturellen Gründen, insbesondere durch Konsolidierung und Regulierung.
- Geringe Profitabilität und Effizienz |** Die deutschen Banken sind im internationalen Vergleich wenig profitabel und weniger effizient. Die Eigenkapitalrendite ist schwächer als etwa in Frankreich und Großbritannien. Die Aufwand-Ertrag-Relation, die wesentlich von den Personalkosten abhängt, liegt bei über 70 Prozent und damit höher als in allen anderen großen Ländern Europas.

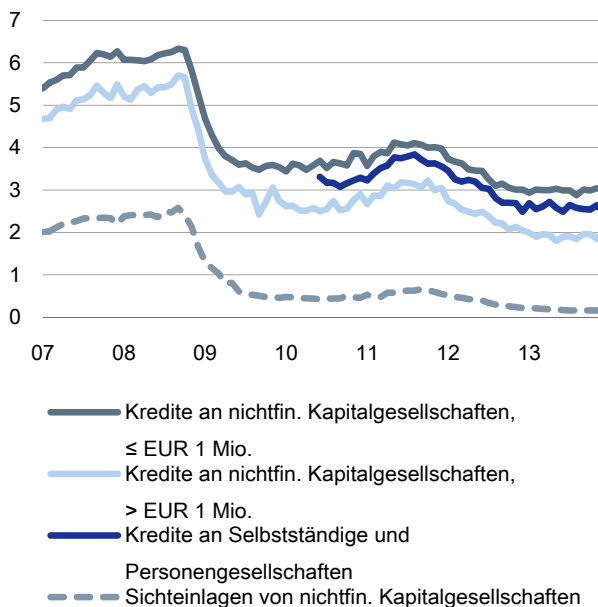
Ausgesprochen herausforderndes Marktumfeld

Diese Entwicklung wird noch verstärkt durch das derzeit ausgesprochen herausfordernde Marktumfeld. Dieses wird vor allem durch folgende drei Faktoren bestimmt:

- Anhaltend niedriges Zinsniveau** | Die Zinsen bewegen sich seit nunmehr fünf Jahren auf sehr niedrigem Niveau, und alles spricht dafür, dass sich daran mittelfristig wenig ändern wird. Derzeit verläuft die Zinsstrukturkurve flach, teilweise ist sie sogar leicht rückläufig. In diesem Umfeld geraten die Margen der deutschen Banken zusätzlich unter Druck, denn bei anhaltend niedrigen Zinsen laufen viele Kreditverträge mit höherer Verzinsung aus und müssen durch Neuverträge mit geringerem Zins ersetzt werden. Damit leidet die ohnehin schwache Ertragskraft, denn das Zins-einkommen ist die wichtigste Ertragsquelle der meisten Institute: Die deutschen Banken erwirtschafteten 80 Prozent ihrer Erträge aus Zinseinkommen – das ist ein deutlich höherer Anteil als in vielen anderen Ländern.

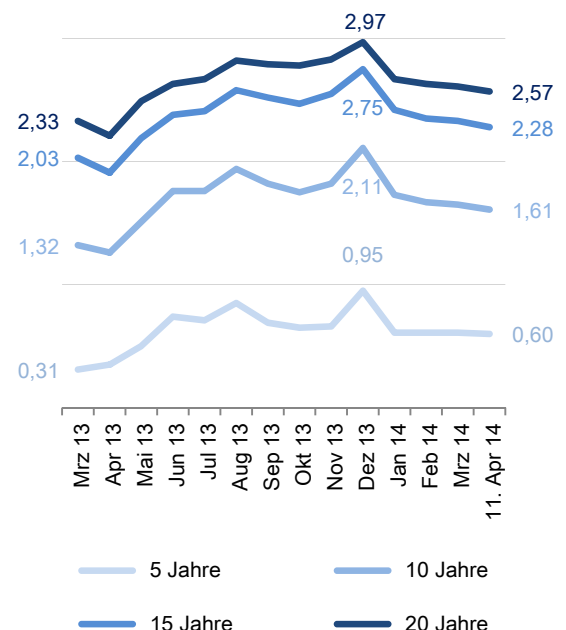
GRAFIK 5 | Zinsmargen unter Druck

Durchschnittliche Zinsen (%) im Neugeschäft mit Unternehmen
Quelle: EZB



GRAFIK 6 | Zinsen bleiben absehbar niedrig

Zinsstrukturkurve für börsennotierte Bundeswertpapiere
Quelle: Deutsche Bundesbank



- Verschärfter Wettbewerb** | Verschiedene Faktoren sorgen für erhöhten Wettbewerbsdruck im Bankenmarkt. So erleichtert das Internet den Marktzugang für Banken ohne Filialnetz. Auch der Wettbewerb durch Nichtbanken hat deutlich zugenommen. Darüber hinaus ist in Deutschland die Versorgung mit Bankdienstleistungen im europäischen Vergleich immer noch überdurchschnittlich hoch: Hierzu-

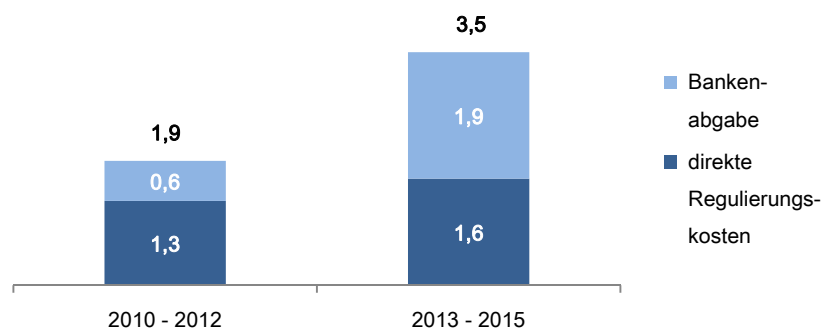
lande kommen auf einen Bankbeschäftigten 124 Einwohner, im EU-Durchschnitt sind es 166 – und das, obwohl sich das deutsche Bankgewerbe bereits seit vielen Jahren auf Konsolidierungskurs befindet. Allein 2013 ist die Zahl der selbstständigen Banken in Deutschland um 1,6 Prozent gesunken. Die anhaltende Niedrigzinsphase erhöht den Konsolidierungsdruck weiter: Eine aktuelle Erhebung der Beratungsgesellschaft Ernst & Young zeigt, dass jede dritte Bank in Deutschland innerhalb der nächsten zwölf Monate eine „mittlere oder erhebliche Konsolidierung“ erwartet.

- **Zusatzaufwand durch Regulierung** | Hinzu kommt die Last, die das deutsche Kreditgewerbe durch zusätzliche Regulierung zu tragen hat. Die Beratungsgesellschaft KPMG hat im Auftrag des Bundesverbands deutscher Banken und des Bundesverbands öffentlicher Banken ermittelt, dass dem deutschen Kreditgewerbe zwischen 2010 und 2012 bereits 3,8 Milliarden Euro **direkte Regulierungskosten** entstanden sind und von 2013 bis 2015 weitere 4,8 Milliarden Euro hinzukommen; das ergibt im Durchschnitt 1,4 Milliarden Euro pro Jahr. Die Institute rechnen damit, dass sich ihre Eigenkapitalrendite dadurch in den nächsten Jahren um 2,4 Prozentpunkte verringern wird.

Hinzu kommt die **Bankenabgabe**, die in den vergangenen drei Jahren in Deutschland durchschnittlich 600 Millionen Euro pro Jahr betrug, aber laut Beschluss der EU im Jahresdurchschnitt künftig bei etwa 1,9 Milliarden Euro liegen wird, also dem Dreifachen des bisherigen Wertes. Unterm Strich erreichen die direkten Regulierungskosten damit für die Jahre 2013 bis 2015 rund 3,5 Milliarden Euro pro Jahr, das entspricht 15 Prozent des Jahresüberschusses nach Steuern im Jahr 2012. Das schmälert die Ertragskraft und bindet Ressourcen. Entsprechend sehen die Banken in Deutschland als größte Herausforderung längst die Implementierung neuer aufsichtsrechtlicher Regeln.

GRAFIK 7 | **Steigende Regulierungskosten**

Durchschnittliche Belastung des deutschen Kreditgewerbes p.a. durch Regulierung (Mrd. EUR) | Quelle: KPMG



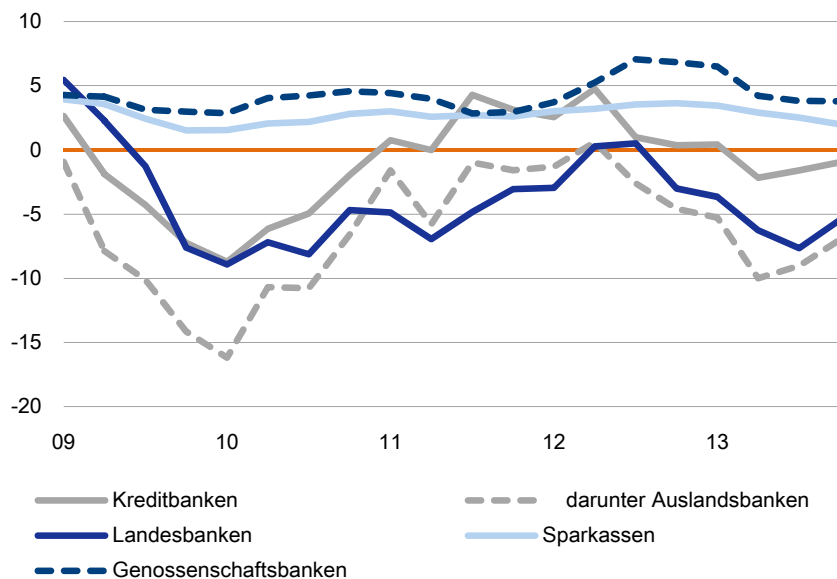
Kreditgeschäft in schwerem Fahrwasser

Parallel leidet das Kreditgeschäft. Hier bewegen sich die deutschen Banken derzeit in schwerem Fahrwasser: Das Geschäft stagniert weitgehend, und zwar sowohl im Privat- als auch im Firmenkundengeschäft. Betroffen sind davon in erster Linie das private Bankgewerbe und die Landesbanken.

Bei Privatkunden war das Geschäft mit Baukrediten zuletzt schwankend, das Geschäft mit Ratenkrediten stagnierte. Bei den Firmenkunden war das Kreditgeschäft zuletzt sogar rückläufig. Insbesondere der deutsche Mittelstand zögert bislang mit Erweiterungsinvestitionen. Zudem stecken die Unternehmen im Investitionsfall lieber ihre hohe Liquidität in die Finanzierung, statt Kredite in Anspruch zu nehmen.

GRAFIK 8 | Kreditnachfrage der Unternehmen rückläufig

Kredite an inländische Unternehmen und Selbstständige; Veränderung in % ggü. Vorjahr
Quellen: Deutsche Bundesbank, DB Research



Zwar sieht die KfW in ihrem Kreditmarktausblick Chancen, dass das Neugeschäft in der Kreditvergabe in der zweiten Jahreshälfte wieder leicht anziehen könnte – dies jedoch nur für den Fall, dass die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr um 2 Prozent wächst. Sämtliche Konjunkturerwartungen liegen allerdings bislang niedriger.

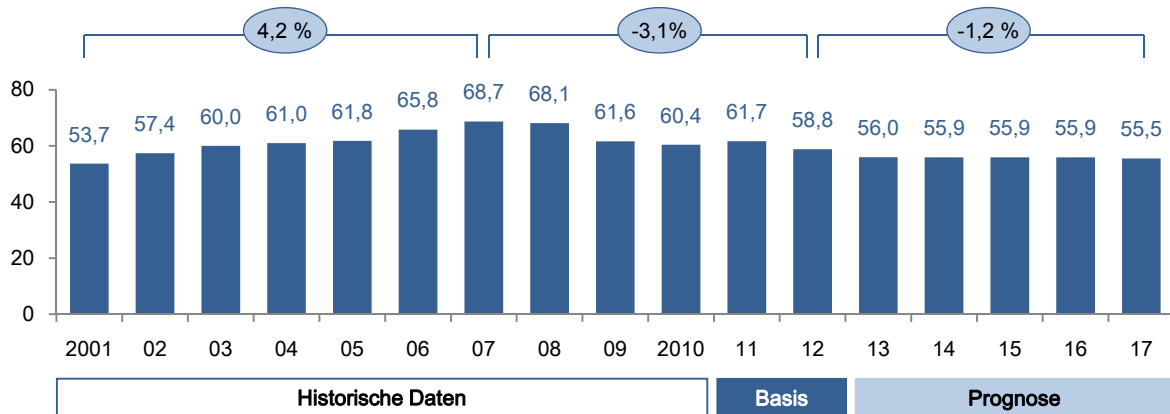
Retailbanking: weiter sinkende Erträge erwartet

Im Retailbanking – dem Bereich, in dem besonders viele Tarifbeschäftigte arbeiten – verzeichnen die Banken bereits seit 2007 rückläufige Erträge und haben hier nun besonders mit dem Niedrigzinsumfeld zu kämpfen. Das führt dazu, dass die Erträge im Privatkundengeschäft bestenfalls stagnieren werden; die große Mehrheit der

Banken rechnen in den kommenden Jahren sogar mit sinkenden Erträgen. Die Boston Consulting Group kommt in einer Sonderauswertung für den AGV Banken zu dem Ergebnis, dass die Erträge im deutschen Retailbanking von 2012 bis 2017 um durchschnittlich 1,2 Prozent pro Jahr schrumpfen und dann in etwa auf dem Niveau der Jahre 2001/2002 liegen werden.

GRAFIK 9 | Erträge im Retailbanking weiter rückläufig

Gesamterträge im Retailbanking (Deutschland) in Mrd. EUR; CAGR = Compound Annual Growth Rate (durchschnittliches jährliches Wachstum) | Quelle: Boston Consulting Group im Auftrag des AGV Banken



Bereits seit Jahren reagieren die Institute auf diese Entwicklung mit neuen Konzepten, die auch Filialschließungen und Stellenabbau einschließen. Zwar bleibt das Filialgeschäft ein wichtiger Baustein in der Kundenberatung, dies wird aber mit weniger Personal und stärkerer Vernetzung zu digitalen Angeboten verbunden sein.

KOMPAKT | WIRTSCHAFTS- UND BRANCHENLAGE

- **Anziehende Konjunktur – mit Unsicherheiten:** Für dieses und das nächste Jahr wird ein stärkeres Wirtschaftswachstum als in den beiden Vorjahren erwartet – falls externe Schocks ausbleiben. Darüber hinaus bestehen Risiken für die Beschäftigung durch die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundesregierung.
- **Aufschwung geht am Kreditgewerbe vorbei:** Die Banken profitieren kaum von der Dynamik der Gesamtwirtschaft. Die Branche leidet unter einer strukturellen Ertragsschwäche, die sich durch anhaltend niedrige Zinsen, stärkeren Wettbewerb und steigende Kosten durch Regulierung noch verschärft.
- **Privates Bankgewerbe leidet unter schwacher Kreditnachfrage und schwachem Retailgeschäft:** Die Kreditnachfrage stagniert sowohl im Privat- als auch im Firmenkundengeschäft. Davon sind in erster Linie das private Bankgewerbe und die Landesbanken betroffen. Zugleich sind die Erträge im Retailbanking seit 2007 rückläufig. Die Banken reagieren mit neuen (weniger personalintensiven) Geschäftsmodellen.

Anpassungs- und Kostendruck schränkt Verteilungsspielraum erheblich ein

Das Kreditgewerbe steht durch strukturelle Umbrüche und eine weiterhin ungünstige Marktlage unter erheblichem Anpassungs- und Kostendruck. Dem müssen die Tarifparteien mit maßvoller Lohnpolitik begegnen. Die privaten und öffentlichen Banken sind – anders als die Gesamtwirtschaft – nicht auf Erholungskurs. Deshalb kann die allgemeine Gehaltsentwicklung für die Banken-Tarifrunde 2014 kein Maßstab sein.

Maßvolle Tariflohnpolitik fördert Beschäftigung

2013 haben die Deutschen so viel konsumiert wie noch nie. Hauptgründe für diese positive Entwicklung sind nach Einschätzung von Konjunkturexperten die Rekordbeschäftigung und die niedrigen Zinsen auf Ersparnisse. Es zeigt sich zugleich, dass nicht Tariflohnzuwächse für eine bessere Binnenkonjunktur sorgen, sondern Beschäftigungszuwächse, die durch eine moderate und angemessene Lohnpolitik unterstützt werden. Die beschäftigungsfördernde Wirkung maßvoller Tarifpolitik hat zuletzt im Übrigen auch das Bundeswirtschaftsministerium hervorgehoben. Im Jahreswirtschaftsbericht 2014 heißt es dazu:

„Gute Arbeit muss sich einerseits lohnen und existenzsichernd sein. Andererseits müssen Produktivität und Lohnhöhe korrespondieren, damit sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhalten bleibt.“

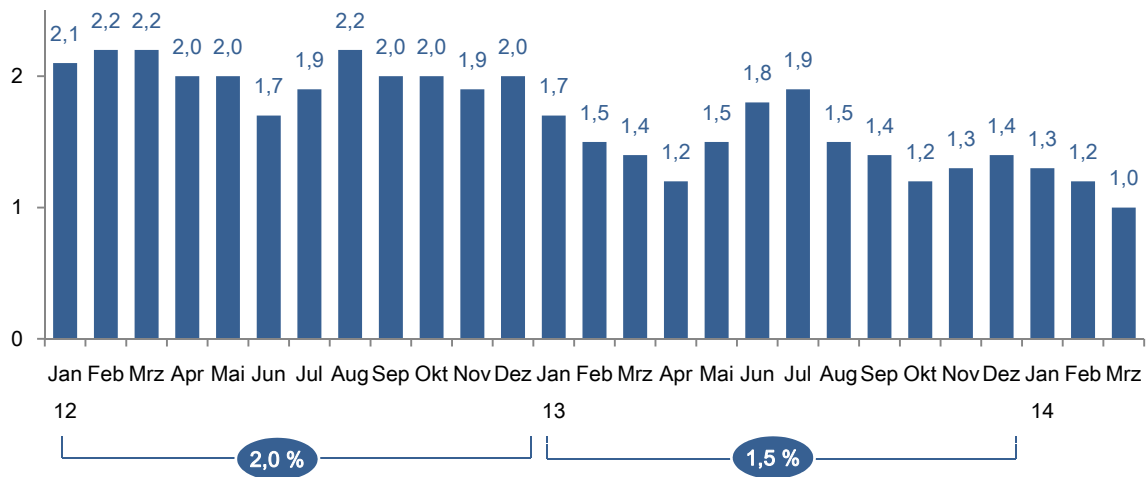
Inflation bleibt absehbar niedrig

Die schwachen makroökonomischen Daten in vielen europäischen Ländern, aber auch weltweit dämpfen weiterhin die Inflation. In Deutschland hat sie im März 2014 den niedrigsten Stand seit August 2010 erreicht und lag bei 1,0 Prozent.

Die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland wird in diesem und im nächsten Jahr nach allen Prognosen weiterhin moderat ausfallen. Die Erwartungen der Experten liegen zwischen 1,0 und 1,6 Prozent für 2014 und zwischen 1,4 und 1,8 Prozent für 2015. Zwar ist damit zu rechnen, dass der Einfluss der Energiepreise im weiteren Jahresverlauf etwas abnehmen wird. Zugleich macht sich aber die massive Unterauslastung großer Teile der Weltwirtschaft bemerkbar: Die Preise im verarbeitenden Gewerbe lagen zuletzt weltweit um 2,9 Prozent unter dem Vorjahreswert. Dies dämpft den Preisanstieg auf absehbare Zeit.

GRAFIK 10 | Verbraucherpreise zuletzt rückläufig

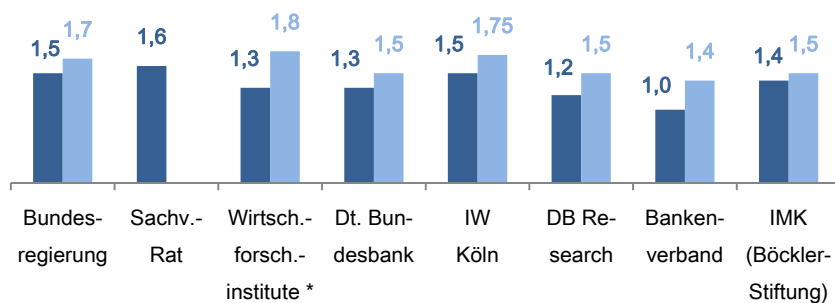
Verbraucherpreise Deutschland; Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in %
Quelle: Statistisches Bundesamt



GRAFIK 11 | Weiterhin nur moderate Teuerung erwartet

Erwartete Inflation in %; Quelle: Wirtschaftsforschungsinstitute, AGV Banken

■ 2014 ■ 2015



* Gemeinschaftsdiagnose von DIW, Ifo-Institut, IfW Halle und RWI

Verteilungsspielraum im Bankgewerbe erheblich eingeschränkt

Anders als die Gesamtwirtschaft befindet sich das Bankgewerbe in Deutschland nicht auf Erholungskurs. Deshalb können für die Banken-Tarifrunde 2014 weder zuletzt erzielte Tarifabschlüsse in anderen Dienstleistungsbranchen noch die allgemeine Tarifbewegung in diesem Jahr als Maßstab gelten; der hohe Anpassungs- und Kostendruck schränkt den Verteilungsspielraum erheblich ein. Darüber hinaus ist aus verschiedenen Gründen kein Nachholbedarf beim Gehalt erkennbar:

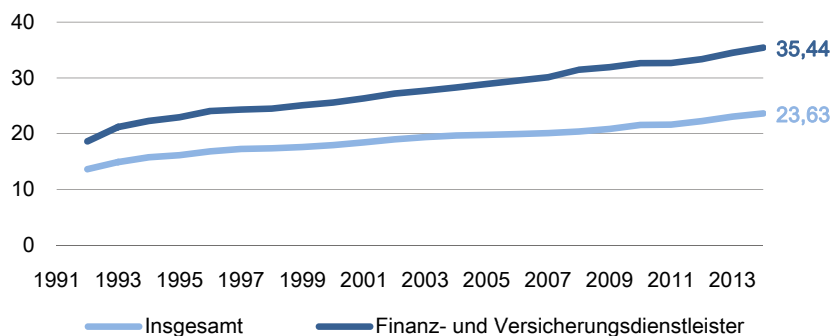
- **Keine Reallohnverluste in der Krise |** Trotz der schwierigen Branchenlage mussten die Beschäftigten im privaten und öffentlichen Bankgewerbe seit Ausbruch der Finanz- und Staatsschuldenkrise insgesamt keine Reallohnverluste hinnehmen. In den Jahren 2012 und 2013 sind die Tarifgehälter bei den Banken sogar real um insgesamt 2,1 Prozent gestiegen.

- **Gehaltsentwicklung langfristig auf Niveau der Gesamtwirtschaft |** Bei der Betrachtung des Gehaltsniveaus ist angesichts von Marktschwankungen allein die Langfrist-Perspektive sinnvoll. Hier zeigt sich, dass die privaten Banken in der ersten Hälfte der Nuller-Jahre einen relativ hohen Sockel aufgebaut haben, der sich in den vergangenen Jahren wieder dem Niveau der Gesamtwirtschaft angepasst hat.
- **Hohes Gehaltsniveau |** Das Vergütungsniveau im Bankgewerbe liegt weiterhin deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft. Das Entgelt pro Stunde war 2013 immer noch das höchste aller Wertschöpfungsbereiche und überstieg das der Gesamtwirtschaft um 55 Prozent. Selbst das Durchschnittsgehalt der *Tarifbeschäftigten* im privaten Bankgewerbe liegt noch um 8 Prozent über dem Mittelwert der Gesamtwirtschaft *inklusive außertariflich Beschäftigter*.

GRAFIK 12 | Vergütung bei Banken überdurchschnittlich

Bruttolöhne und -gehälter (EUR je geleistete Arbeitnehmerstunde)

Quelle: Statistisches Bundesamt



KOMPAKT | GEHALT

- **Verteilungsspielraum deutlich geringer als in der Gesamtwirtschaft:** Der hohe Anpassungs- und Kostendruck im Bankgewerbe engt den Verteilungsspielraum beim Gehalt erheblich ein. Deshalb können weder die zuletzt in anderen Dienstleistungsbranchen erzielten Tarifabschlüsse noch die allgemeine Gehaltsentwicklung als Maßstab gelten.
- **Kein Nachholbedarf beim Gehalt:** Das Gehaltsniveau bei Banken liegt deutlich höher als in der Gesamtwirtschaft; in der ersten Hälfte der Nuller-Jahre sind die Tarifgehälter bei den Banken zudem überdurchschnittlich gestiegen. Dieser hohe Sockel hat sich in den vergangenen Jahren angesichts der schlechten Branchenkonjunktur wieder dem Niveau der Gesamtwirtschaft angepasst. Daraus lässt sich jedoch kein Nachholbedarf ableiten – zumal die Beschäftigten im privaten und öffentlichen Bankgewerbe trotz der schwierigen Branchenlage seit Ausbruch der Finanz- und Staatsschuldenkrise keine Reallohnverluste hinnehmen mussten.

Maßvolle Erweiterung angestrebt

Nirgendwo wird so selten samstags gearbeitet wie im Bankgewerbe, obwohl es dafür zunehmend Bedarf gibt. Die Banken-Arbeitgeber streben deshalb eine maßvolle Erweiterung der Samstagsarbeit an, die über alle Unternehmensbereiche hinweg für eine begrenzte Zahl von Mitarbeitern Samstageinsätze erlaubt. Die zusätzliche Flexibilität wäre ein wertvoller Beitrag, um die Ertragskraft der Branche zu stärken.

Banken: Volumen an Samstagsarbeit weit unterdurchschnittlich

Das Kreditgewerbe ist die Branche, in der am seltensten an Samstagen gearbeitet wird. In allen Studien liegt das Volumen an Samstagsarbeit bei Banken um mindestens 75 Prozent unter dem Niveau der Gesamtwirtschaft. Das können sich die Banken als klassische Dienstleistungsbranche nicht mehr leisten – zumal Service an Samstagen von Bankkunden zunehmend erwartet wird und es darüber hinaus in den Instituten Bedarf auch in Zentral- und Service-Einheiten und bei Einzelprojekten gibt.

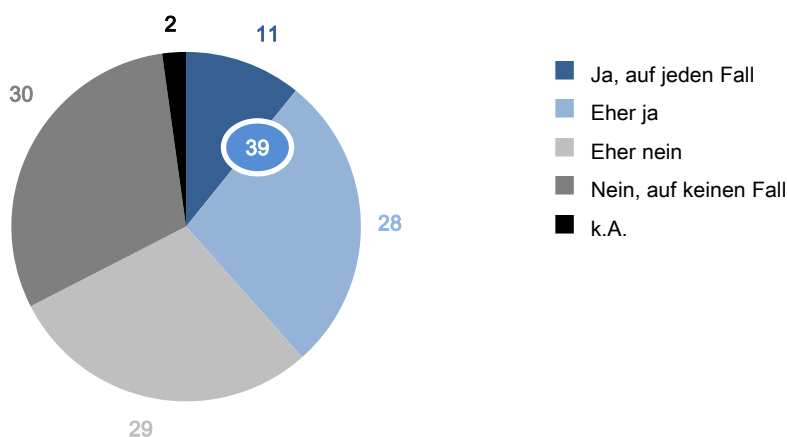
Bislang ist Samstagsarbeit im privaten Bankgewerbe nur sehr eingeschränkt möglich – für EDV-Mitarbeiter und nach der so genannten Wettbewerbsklausel. Das bedeutet: Wenn in der Nähe ein Wettbewerber – etwa eine Sparkasse oder eine Genossenschaftsbank – an Samstagen öffnet, dürfen die privaten Banken dort ebenfalls ihre Filialen öffnen. Diese Regelung ist aber aus verschiedenen Gründen nicht mehr zeitgemäß:

- **Bisheriger Rahmen reicht nicht aus |** In der Kundenberatung haben die Institute des privaten Bankgewerbes Bedarf an Samstagsarbeit auch dort, wo in der Nähe samstags kein Wettbewerber öffnet. Dieser Bedarf wird von der geltenden Tarifregelung nicht erfasst, was die Geschäftschancen der privaten Banken schmälert.
- **Neue Geschäftsmodelle erfordern größere Flexibilität |** In der Kundenberatung stellen die Retailbanken derzeit flächendeckend auf neue Geschäftsmodelle um, die verstärkt mit Online-Beratung und -Service arbeiten. Dafür ist der Samstageinsatz von Mitarbeitern unabhängig von einer örtlichen Wettbewerbssituation nötig.
- **Bedarf an Samstagsarbeit nicht nur in Filialen |** Der Bedarf nach mehr Flexibilität wächst nicht nur in der Kundenberatung, sondern auch in anderen Unternehmensbereichen, insbesondere für Projektaktivitäten und Sonderaktionen.

- **Mehr Flexibilität auch für Beschäftigte** | Es gibt Mitarbeiter, die zumindest gelegentlich gerne samstags arbeiten würden, etwa bei Arbeitsspitzen oder um bestimmte Tätigkeiten ungestört erledigen zu können. Andere stünden für Samstagsarbeit zur Verfügung, wenn dies der Arbeitgeber für erforderlich hält. In beiden Fällen lässt dies der Tarifvertrag – außer im Wettbewerbsfall und bei EDV-Tätigkeiten – bislang nicht zu. Dabei ist Samstagsarbeit für viele Bankbeschäftigte kein Tabu: 39 Prozent der Beschäftigten im privaten Bankgewerbe wären – bei Freizeitausgleich an einem anderen Tag – zu Samstagsarbeit bereit, so eine aktuelle Erhebung des AGV Banken.

GRAFIK 13 | Knapp 40 Prozent zu Samstagsarbeit bereit

Bereitschaft zu Samstagsarbeit bei Freizeitausgleich; privates Bankgewerbe, Anteil der Beschäftigten in % | Quelle: TNS Emnid im Auftrag des AGV Banken, 2013



Neuregelung der Samstagsarbeit: punktuell, nicht flächendeckend

Die Banken-Arbeitgeber streben deshalb eine Neuregelung der tariflich geregelten Samstagsarbeit an. Dabei geht es nicht darum, flächendeckend so viele Mitarbeiter wie möglich samstags arbeiten zu lassen, sondern sehr zielgerichtet ausreichend Mitarbeiter an Samstagen einzusetzen, wo dies nötig und sinnvoll ist – um gezielt Geschäftschancen zu nutzen, die sich an bestimmten Standorten durch Beratungsangebote ergeben, und insgesamt einen etwas flexibleren Rahmen für die Arbeit in allen Bankbereichen zu schaffen.

Dabei soll eine neue Regelung Chancen für alle Beteiligten eröffnen und keine unangemessenen Belastungen erzeugen – zumal die Samstagsarbeit prozentual beschränkt werden soll. Die Arbeitgeber halten eine Quote für sinnvoll, nach der im Durchschnitt maximal ein Siebtel der Mitarbeiter an Samstagen einsetzbar sein soll. Umgekehrt bedeutet dies: Der weitaus überwiegende Teil der Belegschaften würde auch weiterhin an Samstagen nicht eingesetzt. Und wer samstags arbeitet, erhält dafür Freizeitausgleich an einem anderen Wochentag.

Verhandlungsverpflichtung der Tarifparteien

In der Tarifrunde 2012 haben Arbeitgeber und Gewerkschaften eine Verhandlungsverpflichtung zur Samstagsarbeit unterzeichnet. Dieser sind sie im Jahr 2013 in mehreren Verhandlungsterminen nachgekommen. Bislang haben die Gespräche zu keiner Lösung geführt. Die Banken-Arbeitgeber bringen das Thema deshalb in die Tarifrunde 2014 ein mit dem Ziel, gemeinsam zu einer tragfähigen neuen Samstagsregelung zu kommen.

KOMPAKT | SAMSTAGSARBEIT

- **Ausmaß an Samstagsarbeit bislang gering, Bedarf steigend:** In keiner Branche wird samstags seltener gearbeitet als im Bankgewerbe, obwohl der Bedarf in der Kundeberatung und anderen Unternehmensbereichen steigt.
- **Bisheriger Rahmen nicht ausreichend:** Der Banken-Tarifvertrag erlaubt Samstagsarbeit nur für EDV-Tätigkeiten und für den Fall, dass an Samstagen in der Nähe ein Wettbewerber öffnet. Dieser Rahmen reicht nicht mehr aus, weil neue Geschäftsmodelle in der Beratung, größerer Bedarf in Zentral- und Service-Einheiten und auch die Bedürfnisse der Beschäftigten mehr Flexibilität erfordern.
- **Möglichkeiten zur Samstagsarbeit maßvoll erweitern:** Die Banken-Arbeitgeber streben an, die Tarifregelung zur Samstagsarbeit maßvoll zu erweitern – über alle Unternehmensbereiche hinweg, aber für eine begrenzte Zahl von Mitarbeitern. Dabei geht es nicht um flächendeckende Samstagsarbeit, sondern um den punktuellen Einsatz, wo dies nötig und sinnvoll ist.

Anspruch auf Frühpensionierung angesichts neuer Rentenpolitik nicht mehr zeitgemäß

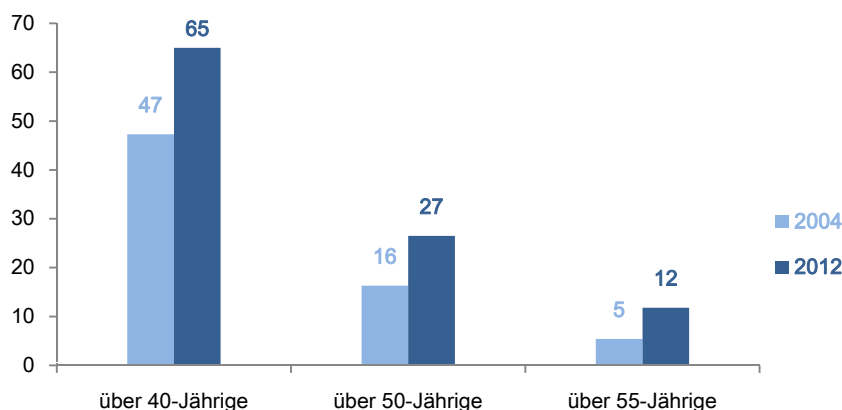
Die Banken sind zunehmend auf das Wissen, die Erfahrungen und die Kontakte älterer Beschäftigter angewiesen. Deshalb ist der tarifliche Anspruch auf Vorruhestand schon länger nicht mehr zeitgemäß. Nun verstärkt die geplante Rentengesetzgebung der Bundesregierung für viele ältere Beschäftigte den Anreiz, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Dadurch würden auch im Bankgewerbe bestimmte Altersgruppen in absehbarer Zeit erheblich ausgedünnt. Das können sich die Institute nicht mehr leisten.

27 Prozent der Beschäftigten sind 50 Jahre oder älter

Die deutsche Wirtschaft ist demografiebedingt auf das Wissen, die Erfahrungen und die Kontakte älterer Beschäftigter angewiesen. Das gilt auch für das Bankgewerbe, ablesbar am zuletzt deutlich erhöhten Durchschnittsalter: Es ist zwischen 2004 und 2012 von 39,8 auf 43,3 Jahre gestiegen (Männer: 43,7 Jahre, Frauen: 42,9 Jahre). Mit Blick auf die Rentenpläne der Bundesregierung, wonach langjährig Versicherte mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können, sind aber vor allem zwei weitere Kennzahlen von Bedeutung: Seit 2004 hat sich im privaten Bankgewerbe der Anteil der über 50-Jährigen von 16 auf 27 Prozent erhöht, der Anteil der über 55-Jährigen hat sich von gut 5 auf fast 12 Prozent mehr als verdoppelt. Das bedeutet: Auch im Bankgewerbe werden in den nächsten Jahren durch die neue Renten-Gesetzgebung immer mehr Beschäftigte beflügelt, eine Vorruhestandsregelung ab Alter 61 in Anspruch zu nehmen.

GRAFIK 14 | Belegschaften werden älter

Entwicklung höherer Altersgruppen; privates Bankgewerbe, Anteil an allen Beschäftigten in % | Quelle: AGV Banken



Darüber hinaus zeigt der Blick in die Finanzdienstleistungsbranche, dass Vorruhestands-Tarifverträge wie im privaten Bankgewerbe allgemein nicht mehr üblich sind.

Aus Sicht der Banken-Arbeitgeber ist es deshalb an der Zeit, die branchenweite Entstehung tariflicher Vorruhestands-Ansprüche zu beenden. Ein tariflicher Anspruch auf Frühpensionierung passt nicht mehr in die Zeit; zudem birgt dieses Instrument vor dem Hintergrund der aktuellen Rentenpolitik Gefahren für die Wettbewerbsfähigkeit der Branche. Sofern Unternehmen dieses Instrument dennoch nutzen wollen, können sie dies problemlos tun: Freiwillige betriebliche Vorruhestandsvereinbarungen ohne Tarifregelung sind jederzeit möglich.

KOMPAKT | VORRUHESTAND

- **Vorruhestand nicht mehr zeitgemäß:** Das Kreditgewerbe kann auf das Wissen, die Erfahrung und die Kontakte älterer Beschäftigter nicht verzichten. Deshalb ist der tarifliche Anspruch auf Vorruhestand schon länger nicht mehr zeitgemäß.
- **Vorruhestandsansprüche plus jüngste Rentenpläne gefährden Wettbewerbsfähigkeit:** Durch die geplante Rentengesetzgebung der Bundesregierung wird es für immer mehr Beschäftigte attraktiv, eine Vorruhestandsregelung mit 61 Jahren in Anspruch zu nehmen. Dadurch würden auch im Bankgewerbe bestimmte Altersjahrgänge erheblich ausgedünnt. Dieser Effekt verstärkt sich dadurch, dass die Zahl potenziell Anspruchsberechtigter stetig wächst. Das können sich die Institute nicht mehr leisten.

Stärker am Bedarf orientiert

Lange haben die Banken deutlich über ihren eigenen Bedarf hinaus ausgebildet. Das ist vielen Instituten aus Kostengründen nicht mehr möglich. Deshalb war die Zahl der Auszubildenden – analog zur sinkenden Gesamtbeschäftigung – zuletzt rückläufig. Dennoch bemühen sich die Banken, Ausgebildete zu übernehmen – soweit dies den Unternehmen möglich und von den Nachwuchskräften gewünscht ist, die häufig nach der Banklehre erst einmal studieren wollen. Die Übernahme von Auszubildenden muss aber in jedem Fall den einzelnen Instituten überlassen bleiben.

Banken investieren trotz schwieriger Branchenlage in Ausbildung

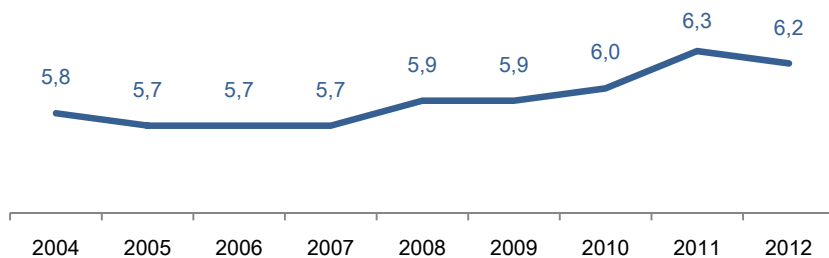
Ausbildung ist und bleibt für die Banken wichtig. Trotz geringeren Geschäftsvolumens brauchen die Institute auch weiterhin gut ausgebildete Nachwuchskräfte. Die Banken investieren selbst angesichts der schwierigen Branchenlage viel Geld und Energie in ihre Ausbildungs- und Traineeprogramme, um Berufseinsteigern eine solide Einführung in den Bankberuf zu ermöglichen und die besten Kräfte an sich zu binden.

In den vergangenen Jahren haben die Banken häufig über Bedarf ausgebildet. Dies ist jedoch in vielen Instituten aus Kostengründen nicht mehr zu leisten, weshalb sie ihr Angebot an Ausbildungsplätzen stärker am tatsächlichen Bedarf ausrichten. Deshalb war die Zahl der neu eingestellten Auszubildenden – analog zur sinkenden Gesamtbeschäftigung in der Branche – zuletzt rückläufig. Dabei bewegt sich die Ausbildungsquote nach wie vor auf stabilem Niveau, das auch im Vergleich zu anderen Bankengruppen und zur Gesamtwirtschaft weiterhin gut ist.

GRAFIK 15 | Ausbildungsquote stabil

Verhältnis Auszubildende zum Stammpersonal in %, privates Bankgewerbe

Quelle: AGV Banken



Kein Handlungsbedarf über Ausbildungsinitiative hinaus

Beim Thema Auszubildende sehen die Banken-Arbeitgeber deshalb keinen Handlungsbedarf über die 2012 vereinbarte Ausbildungsinitiative hinaus. Der darin bekräftigte Grundsatz „Ausbildung vor Übernahme“ hat sich bewährt.

Die Ausbildungsinitiative enthält die Empfehlung, die Arbeitgeberverbände sollten sich bei ihren Mitgliedsinstituten dafür einsetzen, dass Ausgebildete möglichst unbefristet in ein anschließendes Arbeitsverhältnis im Ausbildungsbetrieb übernommen werden. Diese Empfehlung wurde an die Mitgliedsinstitute weitergegeben und ist unverändert sinnvoll. Es zeigt sich jedoch, dass die Übernahme von Auszubildenden nur den Instituten selbst überlassen werden kann – erstens, weil die Situation in den Betrieben je nach Größe und Geschäftsmodell sehr unterschiedlich ist; zweitens ist eine Übernahme *aller* Ausgebildeten unrealistisch, weil im Bankgewerbe überdurchschnittlich viele junge Menschen nach ihrer Ausbildung ein Studium aufnehmen – und zwar, weil sie das wollen und nicht, weil sie das (mangels Übernahmemöglichkeit) müssen. Im Übrigen muss es bei den üblichen Auswahlkriterien bleiben.

Übernahmeverpflichtung wäre kontraproduktiv

Dass junge Menschen nach einer Bankausbildung auch ohne Übernahme im Ausbildungsbetrieb eine Beschäftigung finden (entweder sofort oder nach dem anschließenden Studium), zeigt die seit vielen Jahren ausgesprochen niedrige Arbeitslosenquote unter Bankkaufleuten; sie lag zuletzt bei 0,9 Prozent. Dazu mag auch beitragen, dass die Banken Ausgebildete ohne Studienwunsch, die sie nicht übernehmen können, in andere Unternehmensteile oder in andere Unternehmen der Region vermitteln, wie dies auch in der Ausbildungserklärung zugesagt wurde. Eine Übernahmeverpflichtung wäre in diesem Umfeld kontraproduktiv: Sie würde dazu führen, dass die Banken ihr bereits bedarfsgerecht reduziertes Angebot an Ausbildungsplätzen weiter verringern würden.

KOMPAKT | AUSBILDUNG

- **Ausbildung bleibt wichtig:** Die Banken investieren trotz schwieriger Geschäftslage weiter erheblich in Ausbildungs- und Traineeprogramme.
- **Ausbildung orientiert sich am Bedarf:** Nachdem die Banken lange deutlich über Bedarf ausgebildet haben, orientieren sie sich jetzt stärker am tatsächlichen Bedarf – bei stabiler Ausbildungsquote.
- **Kein Handlungsbedarf der Tarifparteien:** Die 2012 unterzeichnete Erklärung zur Ausbildungsinitiative ist unverändert sinnvoll. Die Übernahme von Auszubildenden muss aber den Betrieben überlassen bleiben.